

FDP.Die Liberalen Stadt Bern

Positionspapier Wirtschaft

Verantwortung trägt, wer Arbeitsplätze schafft

Bern, Mai 2012
Von der Parteiversammlung verabschiedet

1. Grundsätze

Die FDP. Die Liberalen Stadt Bern (FDP) befürworten einen schlanken, aber starken Staat. Dieser soll gute Rahmenbedingungen schaffen, so dass Private und Unternehmen im Wettbewerb Güter und Dienstleistungen produzieren und so zum Gemeinwohl beitragen können. Wer Arbeitsplätze schafft, soll belohnt und nicht schikaniert werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Steuern massvoll sind. Gebühren der öffentlichen Hand sollen sich am Verursacherprinzip orientieren und im Vergleich zu anderen öffentlichen Anbietern gleich hoch oder tiefer sein. Um die Konkurrenzfähigkeit zu anderen Städten zu verbessern, müssen die umliegenden Gemeinden und Randregionen die Zentrumslasten der Stadt Bern anteilmässig mittragen helfen.

Bern soll für alle, insbesondere aber für junge, gut ausgebildete Menschen eine attraktive Stadt sein. Junge Leistungsträger sollen in der Stadt Bern hoch qualifizierte Funktionen mit guten Karrierechancen ausüben können. Der Wirtschaftsstandort Bern ist auf ihr Know-how angewiesen.

Diese Grundsätze werden im Folgenden für einzelne Bereiche genauer beschrieben und es werden konkrete Massnahmen vorgeschlagen.

2. Finanzpolitik

Wer in der Stadt Bern wohnt, zahlt bis zu 50 % mehr Einkommenssteuern als in Zürich oder Basel.¹ Diese Tatsache ist insbesondere durch die hohen kantonalen Steuern begründet.

Die Stadt Bern rühmt sich, keinen Bilanzfehlbetrag mehr auszuweisen, ist aber tatsächlich mit CHF 745 Mio. verschuldet.² Ein steigendes Zinsniveau kann das Budget jederzeit aus dem Gleichgewicht bringen.

Die FDP der Stadt Bern verfolgt zwei finanzpolitische **Ziele**:

- > Mehr Geld im eigenen Portemonnaie
- > Weniger Schulden und eine tiefere Zinslast

Diese Ziele wollen wir mit folgenden **Massnahmen** erreichen:

- **Steuern senken und Schuldenbremse einführen**
Der städtische Steuersatz muss sofort um mindestens einen Steuerzehntel gesenkt werden. Damit soll Bern im Vergleich mit anderen Städten wieder attraktiver für gute Steuerzahler werden. Die Mindereinnahmen von ca. CHF 20 Mio. können bei einem Budget von rund CHF 1 Mrd. ohne weiteres auf der Aufwandseite eingespart werden. Zudem soll eine griffige Schuldenbremse für den städtischen Finanzhaushalt eingeführt werden.
- **Gezielte Subventionierung**
Subventionen an Institutionen und Interessengruppen sollen sehr gezielt und nach einer klaren Strategie eingesetzt werden. Die Stadt kann beispielsweise Anschubfinanzierungen leisten, wenn ein mittelfristig selbsttragendes Konzept vorgelegt wird. Eine Dauersubventionierung nach dem Giesskannenprinzip hingegen schadet der Effizienz der Leistungserbringung.
- **Kostendeckende Gebühren nach dem Verursacherprinzip**
Abgaben an die öffentliche Hand sollen nur so hoch sein, dass sie die Kosten für die Aufgaben decken, für die sie erhoben werden. Sie sollen sich am Verursacherprinzip orientieren und müssen einem Städtevergleich standhalten. Heute sind die Gebühren für Abfall, Abwasser und Wasser in der Stadt Bern deutlich höher als in anderen Städten.³ Auf die Einführung neuer Gebühren ist zu verzichten.
- **Fairer Finanzausgleich**
Die Stadt Bern muss sich dafür einsetzen, dass die Zentrumslasten angemessen entschädigt werden. Der ganze Kanton Bern profitiert von einem starken Wirtschaftsstandort Bern.
- **Zahlungskräftige neue Einwohner anziehen**
Auf Stadtboden soll die Möglichkeit bestehen, qualitativ hochwertigen Wohnraum zu schaffen, um damit auch vermögende Einwohner anzuziehen.

¹ Beispiel: Bruttoeinkommen 80'000 Fr. (unselbständig, kein Zweitverdiener), verheiratet, 2 Kinder. Steuerrechnung 2011 (Bund und Kanton, ohne Kirche) in Zürich: Fr. 3'816 (4.77 %), in Bern: Fr. 5'755 (7.12 %), in Basel Stadt: Fr. 3'808 (4.76 %). Quelle: Steuerrechner ESTV.

² Jahresrechnung 2011 der Stadt Bern.

³ Die Gebühren für Abfall, Abwasser und Wasser sind in der Stadt Bern unter den teuersten 25%. Siehe <http://www.preisvergleiche.preisueberwacher.admin.ch>.

3. Standort Bern

Bern ist heute kein attraktiver Wirtschaftsstandort. Die öffentlich-rechtliche Verwaltung dominiert die Liste der Arbeitgeber und belegt beste Standorte, generiert aber keinen Steuerertrag. Private Unternehmen mit hoher Wertschöpfung, gut bezahlten Arbeitsplätzen sowie internationaler Ausstrahlung findet man in Bern nur sehr wenige. Diese Wirtschaftsstruktur ist historisch gewachsen, aber auch das Resultat einer Politik, die sich zu wenig um gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft kümmert.

In der Standortpolitik strebt die FDP folgende **Ziele** an:

- > Stopp der Abwanderung von Jungen und Leistungswilligen
- > Wirtschaftliches Wachstum – bei KMU und internationalen Unternehmen

Wir setzen uns für folgende **Massnahmen** ein, um diese Ziele zu erreichen:

- **Attraktive Standorte anbieten**
An attraktiven und verkehrsgünstigen Standorten soll Raum für Unternehmen zur Verfügung stehen. Andere Bedürfnisse (z. B. Denkmalschutz⁴) sind diesem Bedürfnis unterzuordnen. Die Verwaltungseinheiten als wichtige Arbeitgeber der Stadt Bern sollen ihre Standortpolitik nach den gleichen Regeln betreiben wie Unternehmen, indem sie beispielsweise Tätigkeiten ohne Kundenkontakt in dezentralen Gebäuden mit tiefen Quadratmeterkosten konzentrieren.
- **Verkehrsanbindung optimieren**
Die städtische Politik muss sich dafür stark machen, dass Bern gut erreichbar bleibt. Damit sollen insbesondere die Rahmenbedingungen für international tätige Unternehmen mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen verbessert werden. Für sie soll der Flughafen eine bedürfnisgerechte, effiziente Anbindung an die europäischen Grossstädte anbieten können. Der Bahnhof Bern soll ausgebaut und der hohen Pendlerfrequenz angepasst werden. Wichtige Strassen (z. B. Südumfahrung) sind weiter auszubauen, und an verkehrsgünstiger Lage sind genügend Parkplätze für alle Verkehrsteilnehmer bereitzustellen. Künstliche, unnötige Verkehrshindernisse sind zu vermeiden.
- **Weniger, aber grössere Gemeinden**
Die Zahl der Gemeinden im Kanton Bern soll verringert werden. Der Kanton Glarus hat es geschafft, 25 Ortsgemeinden durch drei neue Gemeinden zu ersetzen. Eine Neustrukturierung nach den gleichen Kriterien ergäbe für den Kanton Bern gut 40 neue Gemeinden anstelle von heute 383. Damit könnte die Effizienz in der Verwaltung erhöht, Kosten gespart und das nationale Gewicht des Kantons Bern gesteigert werden. Die Stadt Bern soll bei diesem innovativen, zukunftsgerichteten Vorhaben eine treibende Kraft sein.

⁴ In der Stadt Bern sind 20 % der Gebäude im Inventar der schutzwürdigen Bauten verzeichnet, in Basel nur 10 %, in Zürich 14 %; NZZ am Sonntag vom 1.4.2012.

- **Hauptstadt der Ideen**
Die Hauptstadt soll ein attraktiver Standort für Politik, Verbände, Messen sowie nationale und internationale Zusammenkünfte sein. Sie soll im Wirtschaftsraum Mittelland eine leitende und vermittelnde Rolle spielen, indem sie ihre Standortpolitik aktiv mit den umliegenden Städten koordiniert.
- **Wirtschaften in der Altstadt**
Unsere Stadt pulsiert mit den Läden der Altstadt. Die Rahmenbedingungen stimmen aber nicht mehr. Die Belieferung der Läden ist sehr umständlich geworden. Die Möglichkeiten der Beschilderung sind in der Zähringerstadt Murten grosszügiger, ohne dass das Stadtbild leidet. Die Aussenraumnutzung wird zulasten des Gewerbes und Parkmöglichkeiten zulasten der Kundschaft eingeschränkt.
- **Wirtschafts-Coach**
Die Förderung des Unternehmensstandorts muss oberste Priorität haben. Ein Wirtschaftscoach soll Unternehmerinnen und Unternehmer bei ihrer Firmengründung oder Neuansiedlung unterstützen und namentlich auf ihrem Weg durch die Verwaltung begleiten (zwecks Erlangung der Bewilligungen). Dies kann durchaus gegen Entgelt erfolgen (Angebot eines „Sorglos-Pakets“ für die Wirtschaft).

4. Verwaltung und städtische Betriebe

Im Zeitraum von 2004 bis 2010 ist die Bevölkerung der Stadt Bern um 2.7 % gewachsen.⁵ Im gleichen Zeitraum haben die Ausgaben der Stadt um 16.8 % zugenommen.⁶ Diese Zahlen zeigen, dass die Stadt Bern ein Ausgabenproblem hat.

Für die Kantons- und Bundesverwaltung sowie die Verbände wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen. Sie sind am Standort Bern wichtige Arbeitgeber und Auftraggeber für lokale Lieferanten.

Die FDP der Stadt Bern setzt sich folgende **Ziele**:

- > Wir wollen einen schlanken, aber starken Staat
- > Gute Rahmenbedingungen für die Stadt-, Kantons- und Bundesverwaltung

In der städtischen Politik setzen wir uns deshalb für folgende **Massnahmen** ein:

- **Stadtverwaltung zentralisieren, Stellenwachstum stoppen**
Die städtische Verwaltung ist an einem einzigen Standort zusammenzulegen ("Stadthaus"), z.B. in einem neu zu errichtenden Hochhaus auf der Schützenmatte. So kann sie effizient arbeiten und es werden attraktive Standorte frei. Das Stellenwachstum in der Stadtverwaltung darf nicht deutlich über dem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum liegen – das kann sich die Stadt Bern nicht leisten.
- **Städtische Betriebe: Keine Konkurrenz für Private**
Die städtischen Betriebe im Energiebereich (insbesondere EWB) sollen ihre Versorgungsaufgaben effizient und zuverlässig wahrnehmen. Die Betriebe sollen ihre Eignerstrategie unabhängig und selbständig umsetzen können, wobei grosse Risiken zu vermeiden sind. Die Expansion in Geschäftsfelder, in denen private Unternehmen tätig sind (z.B. Elektroinstallation oder Dachdecker), ist sofort rückgängig zu machen. Mittelfristig ist auch die Privatisierung städtischer Betriebe, welche keine Monopolaufgaben mehr wahrnehmen, zu prüfen.
- **Konzentration auf öffentliche Aufgaben**
Die Stadt soll sich auf ihre Kernaufgaben beschränken. Sie ist kein geeigneter Anbieter von Leistungen, welche auch durch Private erbracht werden können (z.B. Altersheim Kühlewil, Stadtgärtnerei). Der Aufgabenkatalog der Stadt ist systematisch zu überprüfen und zu bereinigen. Erträge aus Verkäufen von Betrieben sind zur Reduktion der bestehenden Schulden einzusetzen.
- **Pensionskasse**
Die städtische Pensionskasse hat 5'000 Versicherte und einen Deckungsgrad von 93 % (31.12.2011). Im Vergleich mit anderen öffentlichen Pensionskassen ist diese Ausgangslage passabel. Um versteckte Schulden zulasten künftiger Generationen zu vermeiden, fordert die FDP die Umstellung auf das heute übliche Beitragsprimat. Angesichts der demographischen Entwicklung soll zudem für alle Versicherten das Rentenalter 65 gelten.

⁵ Quellen: Statistische Jahrbücher der Stadt Bern, 2004 und 2010, Tabelle T 01.1.010.

⁶ Quellen: Statistische Jahrbücher der Stadt Bern, 2004 und 2010, Tabelle T 18.1.030.

5. Energie & Umwelt

In Zeiten, in denen Klimawandel und Energiewende in aller Munde sind, muss auch auf städtischer Ebene eine vernünftige Umweltpolitik gemacht werden. Dabei sind ökologische Ziele grundsätzlich anzustreben, aber unter Berücksichtigung von ordnungspolitischen Grundsätzen und mit Blick auf Kosten und Finanzierbarkeit.

In der Energie- und Umweltpolitik verfolgt die FDP zwei konkrete **Ziele**:

- > Energie-Effizienz vorleben
- > Technische Innovationen zur Schonung der Umwelt nutzen

Diese Ziele sollen mit folgenden **Massnahmen** erreicht werden:

- **Einheimische Energiequellen fördern**
Die Nutzung einheimische Energiequellen wie die Wasserkraft oder die Biomasse müssen ermöglicht werden. Aktuell bietet sich Gelegenheit dazu, indem die drei grossen Ausbauprojekte der Kraftwerke Oberhasli, an denen auch EWB beteiligt ist, gutgeheissen und umgesetzt werden. Daneben muss die EWB die notwendigen Kapazitäten durch ein modernes Netz zur Verfügung stellen.
- **Energieeffizienz in städtischen Liegenschaften**
Städtische Liegenschaften sollen energetisch effizient sein. Das bedeutet, dass bei Neubauten der Minergie-Standard gelten muss. Ältere Gebäude sind regelmässig und mit Blick auf eine Minimierung des Energieverbrauchs zu sanieren. Anlässlich solcher Sanierungen ist immer auch zu prüfen, ob die Liegenschaft weiterhin im Eigentum der Stadt verbleiben oder an Private verkauft werden soll.
- **Umweltfreundliche Beleuchtung**
Die in anderen Städten bereits eingesetzte LED-Technologie soll auch in Bern ernsthaft geprüft werden. Sie ermöglicht eine Senkung des Stromverbrauchs bei gleichzeitiger Reduktion der Lichtverschmutzung.
- **Solardächer ermöglichen**
Baugesuche für neue Solarzellen sollen rasch und grosszügig bewilligt werden. Der Denkmalschutz darf nicht zum Verhinderer des technischen Fortschritts werden.

Der Wirtschaftsausschuss der FDP. Die Liberalen Stadt Bern:

- Simon Bühler, Betriebsökonom FH, Unternehmensberater
- Alexandre Schmidt, Direktor Eidg. Alkoholverwaltung, Stadtrat, GR-Kandidat
- Dr. Urs Springer, Ökonom (Präsident)
- Pierre Töndury, Energiefachmann
- Dr. Christoph Zimmerli, Wirtschaftsanwalt, Stadtrat

Für weitere Informationen: www.fdp-stadtbern.ch